

## **Bauindustrie will bei EU-Mitteln mehr Gewicht für Investitionen**

Bauindustrie will bei EU-Mitteln mehr Gewicht für Investitionen= Berlin (ddp-lbg). Bei der Aufteilung der Fördermittel der Europäischen Union (EU) müssen nach Ansicht von Bauindustrie und Immobilienwirtschaft die Investitionen mehr Gewicht erhalten. Investitionen in die regionale Entwicklung und die Wirtschaftsförderung müsse Vorrang eingeräumt werden, sagten der Vorstand des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), Ludwig Burkardt, und der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg, Axel Wunschel, am Montag in Berlin. Die Entwicklung der Städte müsse höchste Priorität haben. Brandenburg erhält in der neuen EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 1,9 Milliarden Euro für die Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und Soziales (ESF). Zu welchen Anteilen das Geld auf die Fonds verteilt wird, entscheidet das Kabinett am Dienstag. Bislang fließen 70 Prozent in die Regionalentwicklung, und 30 Prozent stehen für Soziales zur Verfügung. BBU und Bauindustrieverband plädieren für ein Verhältnis von 80 zu 20. Ansonsten würden alle bisherigen Aussagen der Landesregierung konterkariert, die nachhaltige Stadtentwicklung angemessen zu unterstützen, sagte Burkardt. Bei einem Verhältnis von 70 zu 30 werde insbesondere der Südwesten Brandenburg stark benachteiligt, da dort ohnehin weniger Geld ankomme als im ärmeren Nordosten. Zudem wird laut Burkardt aufgrund des geplanten Großflughafens Berlin Brandenburg International (BBI) in Schönefeld weniger Geld für andere Projekte in Verkehr, Tourismus und Stadtentwicklung zur Verfügung stehen. Wunschel betonte, der Flughafenausbau werde ausdrücklich begrüßt. Um jedoch auch andere Vorhaben umsetzen zu können, müssten die EU-Strukturhilfen neu aufgeteilt werden. Sonst könne die nachhaltige Stadtentwicklung nicht gestärkt werden.

ddp/fis/mwa

**Nachrichtenagentur-Meldungen für Auftrag 34276 Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehm.. :**

[Zurück zur Übersicht](#)

| Publikation                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Erschienen | Suchbegriff                                                      |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|------------------------------------------------------------------|
| DPA                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | 03.07.2006 | Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. - BBU |
| <p><b>(Zusammenfassung 1600) Kabinett entscheidet über EU-Fördermittel - Streit um Prioritäten</b></p> <p>Potsdam (dpa/bb) - Vor der Entscheidung des brandenburgischen Kabinetts über die künftige Aufteilung der EU-Fördermittel gibt es Streit um die Prioritäten. Während Unternehmerverbände am Montag mehr Geld für die regionale Entwicklung und Wirtschaftsförderung forderten, mahnte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), auch in Zukunft arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausreichend zu finanzieren. Aus den zwei betreffenden Strukturfonds der Europäischen Union stehen Brandenburg von 2007 bis 2013 rund 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Nach einem Vorschlag von Staatskanzlei-Chef Clemens Appel sollen 68,3 Prozent der Summe über den Strukturfonds für regionale Entwicklung (EFRE) und 31,7 Prozent über den Europäischen Sozialfonds (ESF) ausgereicht werden. Gegenwärtig beträgt das Verhältnis 70 zu 30. Das Kabinett beschäftigt sich an diesem Dienstag mit der endgültigen Aufteilung. Am Ende müsse ein Spagat zwischen den beiden Fonds gelingen, sagte Regierungssprecher Thomas Braune. Es wird erwartet, dass</p> |            |                                                                  |

sich die Runde auf einen Kompromiss einigt. Der könnte darin bestehen, dass die wirtschaftlich stärkere südwestliche Hälfte des Landes mehr EFRE-Mittel zur regionalen Entwicklung und der strukturschwache Nordosten einen höheren Anteil an ESF-Geldern erhält. Vor vier Jahren hatte das Kabinett aus statistischen Gründen eine Zweiteilung des Landes beschlossen, um wenigstens für einen Teil des Landes die Höchstförderung der Europäischen Union (EU) zu sichern. Wegen der EU-Osterweiterung befürchtete die Regierung, dass Brandenburg nach 2007 nicht länger so genanntes Ziel-1-Gebiet bleiben könnte. Dafür ist eine Voraussetzung, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. Im vergangenen Jahr hatte die SPD/CDU-Koalition ihre bisherige Förderstrategie geändert, indem die knapper werdenden Fördermittel künftig auf Erfolg versprechende «Wachstumskerne» konzentriert werden sollen. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) und der Bauindustrieverband verlangten eine Aufteilung der Strukturfonds- Mittel im Verhältnis von 80 (EFRE) zu 20 (ESF). Die jetzige Planung würde den Südwestteil des Landes benachteiligen, hieß es in einer gemeinsamen Mitteilung. Zwar werde unter anderem der Ausbau des Flughafens Schönefeld gefördert, dafür müssten aber wichtige Verkehrs-, Tourismus- und Stadtentwicklungsprojekte zurückstehen. Der DGB forderte, weiterhin genügend Geld für Beschäftigungsstrategien bereitzustellen. Zwischen 2007 und 2013 stünden aus ESF und EFRE jährlich maximal 300 Millionen Euro zur Verfügung. Dabei sollte der Sozialfonds mindestens auf dem bisherigen Niveau von etwa 100 Millionen Euro gehalten werden. dpa bb yybb im 031554 Jul 06

## Nachrichtenagentur-Meldungen für Auftrag 34276 Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehm.. :

[Zurück zur Übersicht](#)

| Publikation | Erschienen | Suchbegriff |
|-------------|------------|-------------|
|-------------|------------|-------------|

|     |            |                                                                     |
|-----|------------|---------------------------------------------------------------------|
| DPA | 03.07.2006 | Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen<br>e. V. - BBU |
|-----|------------|---------------------------------------------------------------------|

### **Verbände: Mit EU-Strukturfondsmittel mehr Investitionen anschieben**

Potsdam (dpa/bb) - Die EU-Mittel für Strukturpolitik in Brandenburg müssen nach Ansicht von Immobilienwirtschaft und Bauindustrie stärker als geplant für Investitionen in die regionale Entwicklung und Wirtschaftsförderung fließen. Mit der geplanten Aufteilung der Fördermittel könnte die Entwicklung der Städte und auch des Landes zu kurz kommen, erklärten der Verband Berlin- Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) und der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg am Montag in Potsdam anlässlich der Kabinettsitzung an diesem Dienstag. «Die beabsichtigte Mittelverwendung konterkariert alle bisherigen Aussagen der Landesregierung, die nachhaltige Stadtentwicklung in Brandenburg neu auszurichten und auch zukünftig mit einer angemessenen Mitteluntersetzung zu unterstützen», heißt es. Durch die geplante Aufschlüsselung im Verhältnis von 70 Prozent für das Programm Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und 30 Prozent für das Programm Europäischen Sozialfonds (ESF) werde die Region Süd-West-Brandenburg benachteiligt. Zwar werde unter anderem der geplante Großflughafen BBI gefördert, dafür würden aber wichtige Projekte in den Bereichen Verkehr, Tourismus und Stadtentwicklung zurückgestellt. Die Verbände begrüßten den Flughafenausbau, forderten aber eine verbindliche Aufteilung der Strukturhilfen im Verhältnis 80 Prozent EFRE und 20 Prozent ESF für das ganze Land Brandenburg. Die Landesregierung dürfe bei der Aufteilung der EU-Strukturhilfen nicht denselben Fehler wie bei der zweckwidrigen Verwendung der Solidarpaktmittel für konsumptive Staatsausgaben wiederholen. dpa tg yybb im 031103 Jul 06

[Startseite](#) | [zurück](#) | [RSS](#) | [Sitemap](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#) | [Über uns](#) | [Werben](#)

# Deutsches Verbände Forum

Dienstag, 04.07.2006



[ Pressemitteilung ]

ÜBER VERBÄNDE

Verbände finden

Linkliste Verbände

Was sind Verbände?

Verbändeforschung

AUS VERBÄNDEN

Pressemitteilungen

Personalia

Veranstaltungen

FÜR VERBÄNDE

Brüssel & Berlin

Nachrichten

Fachartikel

Recht & Steuern

Stellenmarkt

Verbändereport

Dienstleister

Aus- und Weiterbildung

**SPEZIAL**

Partner der Verbände

verbaendereport.de

Verband & Tagung

Vergütung

Seminare

NEWSLETTER



HINWEIS

**Verbände**  
Internationaler  
Verband der Verbände  
**report**  
**Abonnement**



## Intensivlehrgang: "Verbandsmanagement kompakt"

### » Bauindustrie und Immobilienwirtschaft zu EU-Strukturfonds: Investitionen in die regionale Entwicklung und Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg muss Vorrang haben

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)  
(Verbandspresse, 03.07.2006 12:51)

(Berlin) - Im Kabinett der brandenburgischen Landesregierung steht am 4. Juli 2006 die Entscheidung über die Aufteilung der Förderprogramme der EU-Strukturpolitik an. Mit der derzeit geplant Aufteilung der europäischen Fördermittel könnte die Entwicklung der brandenburgischen Städte und damit auch des Landes zu kurz kommen. Deshalb fordern der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) und der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V. einen Vorrang der Investitionen in die regionale Entwicklung und Wirtschaftsförderung des Landes.

„Die städtische Frage und der Beitrag der Städte zur Stärkung der Regionalentwicklung und Wirtschaftsleistung müssen höchste Priorität im Land Brandenburg haben. Die beabsichtigte Mittelverwendung konterkariert alle bisherigen Aussagen der Landesregierung, die nachhaltige Stadtentwicklung in Brandenburg neu auszurichten und auch zukünftig mit einer angemessenen Mittelumsetzung zu unterstützen“, kritisiert Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) die geplante Aufteilung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Durch die geplante Aufschlüsselung im Verhältnis von 70 Prozent für das EFRE-Programm und 30 Prozent für das ESF-Programm werde insbesondere die Region „Süd-West Brandenburg“ stark benachteiligt und herabgesetzt. Zwar werde u.a. der Großflughafen BBI gefördert, dafür aber im Gegenzug andere wichtige Projekte in den Bereichen Verkehr, Tourismus und Stadtentwicklung zurückgestellt. „Wir begrüßen ausdrücklich den Flughafen ausbau, fordern deshalb aber eine verbindliche Programmaufteilung der Strukturhilfen im Verhältnis 80 Prozent EFRE zu 20 Prozent ESF für das ganze Land Brandenburg“, macht Axel Wunschel, Hauptgeschäftsführer vom Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V. die Position der Verbände deutlich. Denn ohne die so zusätzlich freigewordenen Mittel innerhalb des EFRE-Programms sei die notwendige Stärkung der nachhaltigen Stadtentwicklung nicht mehr möglich. Die Folge: Bestehende Defizite bei der strukturellen Entwicklung des Landes könnten nicht abgebaut werden.

„Die Landesregierung darf bei der Aufteilung der EU-Strukturhilfen nicht denselben Fehler wie bei der zweckwidrigen Verwendung der Solidarpaktmittel für konsumptive Staatsausgaben wiederholen. Die Investitionen in die regionale Entwicklung und Wirtschaftsförderung des Landes müssen hier den Vorrang haben“, mahnen die Chefs der Verbände.

Quelle/Kontaktadresse:

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)  
Pressestelle  
Lentzeallee 107, 14195 Berlin  
Telefon: (030) 897810, Telefax: (030) 89781249

eMail: [info@bbu.de](mailto:info@bbu.de)  
Internet: <http://www.bbu.de>

(dvf, sk)



drucken



empfehlen



nach oben



zurück

Für den Inhalt der Pressemeldungen sind ausschließlich die angegebenen Quellen verantwortlich. Pressemeldungen stehen bei Angabe der Quelle für die öffentliche Publikation frei zur Verfügung. Belegexemplare sind willkommen.

Die Betreiberin des Deutschen Verbände Forums übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der auf der jeweiligen verzeichneten Website veröffentlichten Inhalte, für deren Rechtmäßigkeit oder für die Erfüllung von Urheberrechtsbestimmungen im Zusammenhang mit den auf der jeweiligen Website veröffentlichten Inhalten. Desweiteren übernimmt sie keine Haftung für Schäden, die aus der Benutzung des Hyperlinks entstehen könnten.

# Streit um EU-Hilfen entbrannt

**FÖRDERUNG** Potsdam will die Gelder aus Brüssel neu aufteilen. Unternehmer und Gewerkschaften verlangen eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung.

**POTSDAM (DPA).** Vor der Entscheidung des brandenburgischen Kabinetts über die künftige Aufteilung der EU-Fördermittel gibt es Streit um die Prioritäten. Während Unternehmerverbände ges-

tern mehr Geld für die regionale Entwicklung und Wirtschaftsförderung forderten, mahnte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), auch in Zukunft arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausreichend zu finanzieren.

Aus den zwei betreffenden Strukturfonds der Europäischen Union (EU) stehen Brandenburg von 2007 bis 2013 rund 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung.

Nach einem Vorschlag von Staatskanzlei-Chef Clemens Appel sollen 68,3 Prozent der Summe über den Strukturfonds für regionale Entwicklung (EFRE) und 31,7 Prozent über

den Europäischen Sozialfonds (ESF) ausgereicht werden. Gegenwärtig beträgt das Verhältnis 70 zu 30. Das Kabinett beschäftigt sich heute mit der endgültigen Aufteilung. Am Ende müsse ein Spagat zwischen den beiden Fonds gelingen, sagte Regierungssprecher Thomas Braune.

Es wird erwartet, dass sich die Runde auf einen Kompromiss einigt. Der könnte darin bestehen, dass die wirtschaftlich stärkere südwestliche Hälfte des Landes mehr EFRE-Mittel zur regionalen Entwicklung und der strukturschwache Nordosten einen höheren Anteil an ESF-Geldern erhält.

Vor vier Jahren hatte das Kabinett eine Zweiteilung des Landes beschlossen, um wenigstens für einen Teil des Landes die Höchstförderung der EU zu sichern.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) und der Bauindustrieverband verlangten eine Aufteilung der Strukturfonds-Mittel im Verhältnis von 80 (EFRE) zu 20 (ESF). Die jetzige Planung würde den Südwestteil des Landes benachteiligen, hieß es in einer Mitteilung. Der DGB forderte, weiterhin genügend Geld für Beschäftigungsstrategien bereitzustellen.